20. Parteitag der DKP, 2. März 2013

Referat von Bettina Jürgensen, Vorsitzende der DKP
Unkorrigiertes Redemanuskript

„Jung in glücklichen und sorglosen Verhältnissen ist an sich ein Rausch.“ (Berta von Suttner, Lebenserinnerungen)

Welche Jugendlichen können heute von sich sagen, in sorglosen Zeiten zu leben. In den vergangenen Jahrhunderten waren dies ohnehin nur, historisch betrachtet, kurze Etappen, in denen es zumindest nahezu sorglos zugegangen ist.

Nicht einmal in den Ländern, die versuchten ein anderes Gesellschaftssystem aufzubauen, konnte gänzlich ohne Widersprüche gelebt, gelernt und gearbeitet werden. Die Einmischung von außen, der Kalte Krieg der kapitalistischen Nachbarn ließen diesen Wunsch oft im Keim ersticken – sowohl ideologisch, als auch ökonomisch.

Heute gibt es wenige Beispiele, in denen eine sorglose Jugend heranwächst. Auch in den Ländern Lateinamerikas, ja nicht einmal in Kuba, lassen die drohenden Versuche der imperialistischen Länder ein profitorientiertes Wirtschafts- und damit auch Leistungssystem auch hier "zurückzuerobern", ein nur glückliches und sorgloses Leben zu.

Und doch schafft die Erkenntnis, dass eine andere Welt möglich ist, häufig auch den Optimismus das eigene Dasein mitgestalten zu wollen. Und in diesem „Mitgestalten“, auch von Regierungsseite gern eingefordert, kann schnell festgestellt werden, dass dies allein weder die eigene soziale Lage noch die gesellschaftlichen Bedingungen verändert. Doch darum geht es: zu verändern!

Selbst oder auch gerade unter Bedingungen, in denen die eigene Zukunft im wahrsten Sinne des Wortes „in den Sternen steht“.

Aus Gesprächen und Berichten von Jugendlichen gerade aus den Ländern, in denen gesellschaftliche Veränderungen täglich Stück für Stück erkämpft werden, erfahren wir, das auch dies "wie ein Rausch" sein kann: mitbeteiligt sein und sich selbst einbringen, Teil sein bei den Kämpfen um Veränderungen in der Zeit, in der man lebt. Und sich dabei selbst verändert.

Mut gehört auch heute noch dazu, verändernd sein zu wollen – auch wenn nicht erst in den Zeiten der digitalen Vernetzung die Spuren des eigenen Wirkens über viele Jahre verfolgt werden kann. Doch nicht nur mit der Meinung für „Die Sache“ zu stehen und unter Pseudonym „Gefällt mir“ zu klicken, sondern dieser auch einen Namen, ein Gesicht zu geben steht für viele trotz alledem außer Frage. Ansprechbar sein für die Fragen anderer, sich als GesprächspartnerIn anbieten, nur so kann eine gemeinsame Ebene des Widerstands entwickelt werden.

Für gute Bildung zu kämpfen, für einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz, für die Übernahme nach der Lehre, für die Möglichkeiten einer sinnvollen, aber auch bezahlbaren Freizeitgestaltung. Ein Leben ohne Krieg- und Kriegspropaganda, ohne Rassismus und Faschismus, ohne Sexismus.

Das alles gehört zu den Grundrechten der Jugend. Ob Florian Haggenmiller, DGB-Bundesjugendsekretär diese auch so benennt, ist eine Frage. Auf jeden Fall stellte in einem Interview fest: „Die Politik muss Perspektiven für junge Menschen schaffen.“

Diese beginnt im Kindesalter – mit qualifizierten KiTa-Plätzen, setzt sich fort mit gut ausgestatteten Schulen, kleinen Klassen und Lerninhalten, die sowohl den demokratischen und humanistischen Anforderungen, als auch dem heutigen Entwicklungsstand und Herausforderungen für Ausbildung und Hochschule entspricht.

Und welche Perspektive bietet dieses kapitalistische System den Jugendlichen: prekäre Beschäftigung und ungesicherte Lebens- und Zukunftsperspektiven.
Die Bertelsmann-Stiftung hat in einer Studie im März 2011 dargestellt, dass die Arbeitslosigkeit junger Menschen unter 30 Jahren mit zunehmendem Alter ansteigt. Bei 15- bis 19-Jährigen liegt die Arbeitslosenquote bei nur vier Prozent, bei 20- bis 24- Jährigen schon bei 14 Prozent und bei 25- bis 29-Jährigen dann bei 17 Prozent. Jugendliche in Warteschleifen fallen noch aus der Statistik heraus. Wenn sie danach keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erhalten, tauchen sie dann doch als Arbeitslose auf. 15 % der 25-35 jährigen haben weder einen berufsqualifizierenden Abschluss, noch sind sie in einer Ausbildung. Das sind fast 1 ½ Millionen, von denen nur ein Teil in der Arbeitslosenstatistik erscheint.

Diese Fragen haben wir auf unserem Jugendpolitischen Ratschlag in Hannover im Januar diskutiert. Dieser Beratung mit verschiedenen Jugendverbänden und Gewerkschaftsjugendlichen jetzt den nächsten Schritt folgen zulassen, das ist eine der Aufgaben, die sich uns in der Jugendpolitik der DKP stellt. Wir haben uns vorgenommen gemeinsam mit der SDAJ den Ratschlag auszuwerten und für die kommunistische Partei und den sozialistischen Jugendverband Schlussfolgerungen zu ziehen. Das heißt, wir wollen gemeinsam erarbeiten, welche Forderungen wir zu einzelnen Punkten entwickeln, gemeinsame Aktionen vor Ort in und vor Betrieben, Schulen und Berufsschulen durchführen. Dabei können neue Erfahrungen gesammelt oder alte aufgefrischt werden.

Allerdings hat dieser Ratschlag auch deutlich gemacht, dass wir uns wesentlich stärker als bisher auch der Arbeit an und in den Hochschulen zuwenden müssen. Denn die Arbeitsplatzsuche und prekäre Beschäftigung findet nicht nur nach der Schule oder Ausbildung statt. Es trifft ebenso die Studienabgänger.

In der Zukunft sollten wir stärker darüber nachdenken, wie wir unsere jungen GenossInnen StudentInnen, bei ihrer politischen Arbeit an den Hochschulen unterstützen. Denn politisch dort aktiv sein und auftreten wo man selbst lernt, studiert, arbeitet – das kann ein Ziel sein, mit dem wir diesen für uns weißen Fleck ausfüllen. Ein erster Schritt kann z.B. die Mitarbeit und Unterstützung der gewerkschaftlichen Hochschulgruppen sein, die es inzwischen an über 30 Hochschulen gibt.

Fakt ist: es gibt GenossInnen, die auf dem Ratschlag der DKP ihr Interesse an dieser Arbeit geäußert haben. Nehmen wir diese nicht nur ernst, sondern sie auch beim Wort!

„Die Jugend ist der ewig lebendige Jungbrunnen der Frische und Kraft für die Erwachsenen. Sie ist der beste Faktor, um uns in fortwährender geistiger und sittlicher Weiterentwicklung zu halten, um das Rasten und Rosten zu verhüten.“ Das hat Clara Zetkin in „Die Jugendorganisation“ festgestellt.

Nun gut, heute würden wir es anders formulieren.

Aber fast könnte man meinen, unsere Freunde vom Kurdischen Studierendenverband haben Clara Zetkin gelesen bevor sie über Gerontokratie - die Herrschaft der Alten - auf dem Ratschlag erzählt haben und ihre Klarstellung dazu, dass es nicht eine Frage des biologischen Alters ist, wie offen man für Zukunftsfragen ist, bereit ist sich zu verändern und sich in die Kämpfe in unserer Zeit verändernd einzubringen.

Da die Situation der Jugend nicht losgelöst werden kann von der gesamten politischen und wirtschaftlichen Entwicklung, wird es gerade in den letzten Jahren unter den Bedingungen der Krise wieder wichtiger, für aktiven Widerstand geradezu zu werben - und es nicht nur den Jugendlichen zu überlassen, die Straßen und Plätze zu besetzen. Jde/r mit seinen Möglichkeiten muss dazu beitragen, dass die Welle der Empörung nicht versickert, sondern weitergeht.

Liebe Genossinnen und Genossen,

In den vergangenen Wochen und Monaten haben auch bei uns eine Vielzahl von Betrieben durch Streiks und Warnstreiks gezeigt, dass sie nicht länger bereit sind die Zumutungen aus den Konzernetagen weiter zu tragen. Sie wehren sich gegen Betriebsschließungen, gegen Lohnkürzungen, gegen den weiteren Abbau sozialer Rechte.

Wir unterstützen den Kampf der Kolleginnen und Kollegen, die gegen die Schließung der Werke auftreten. Ob Opel in Bochum, Prinovis in Itzehoe, Lufthansa in Norderstedt – um nur einige Beispiele zu nennen - wir stehen solidarisch an der Seite der KollegInnen!
Und die Auswirkungen von Schließungen sind gravierend, einschneidende Veränderungen der gesamten Zulieferindustrie sind die Folge.

So ist nicht nur die Arbeit in den Betrieben direkt betroffen, sondern das Leben ganzer Regionen wird sich verändern - sozial und kulturell.

Wir kämpfen um den Erhalt der Arbeitsplätze.

Doch Solidarität ist nicht nur vor dem Betriebstor gefragt, wie bei dem morgen stattfindenden Solitag, der auf dem Gelände von Opel in Bochum durchgeführt wird.

Solidarität erfolgt auch durch die Diskussion über die Frage nach anderen Möglichkeiten der Produktion. Wie kann diese entwickelt werden, wie sie mit den KollegInnen in den Betrieben und in den Gewerkschaften beraten und diskutiert werden? Auch die Frage einer anderen Produktionsweise – ökologisch, solidarisch, an der Emanzipation des Menschen und der Sicherung der Zukunft orientiert, nämlich der sozialistischen statt der kapitalistischen – muss gestellt werden.

Allein in der europäischen Automobilindustrie besteht gegenwärtig eine Überkapazität von mindestens 12 Fabriken. Und der Fiat-Chef Marchionne sagte: Es wird ein „*Blutbad*“ in der europäischen Automobilindustrie geben.

Ford Genk und Opel Bochum sind also nur der Anfang?!

Dieses Beispiel zeigt: eine nationale Lösung ist unmöglich. Wir brauchen den Widerstand und den Kampf um Alternativen vor Ort, der aber europaweit koordiniert sein muss. Oder wie es im Parteiprogramm heißt, dass zum Kampf gegen die Transnationalen Konzerne „*die Kämpfe auf nationaler und europäischer Ebene miteinander verbunden werden*“ müssen.

An dieser Krise wird aber auch deutlich, dass die klassische „Anti-Krisenpolitik“, mit Konjunkturprogrammen die Produktion und Wachstum anzukurbeln, um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, nicht mehr funktioniert.

Sie funktioniert auch deshalb nicht, weil dieses Wachstum die Geschwindigkeit mit der wir auf die Klimakatastrophe zusteuern beschleunigt und den Raubbau an Ressourcen forciert. Entgegen allen Erklärungen, den Ausstoß von klimaschädlichem Kohlendioxid zu reduzieren, ist der CO2-Ausstoß im Jahr 2011 auf ein Rekordhoch angestiegen.

Die Frage nach der Sicherung von Arbeitsplätzen muss also heute anders gestellt werden: Nicht nur wir brauchen Arbeit, sondern auch - Welche Arbeit brauchen wir, um vernünftig leben zu können?

Das beinhaltet auch die Frage: Wer entscheidet, was, wo, wie und unter welchen Bedingungen produziert wird?

Die soziale Frage - die Frage der Gerechtigkeit - ist untrennbar mit der ökologischen Frage verbunden; die Sicherung und die Schaffung von Arbeitsplätzen untrennbar von der des sozial-ökologischen Umbaus der Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle. Dies ist weder der Bruch mit diesem System, noch die Überwindung des Kapitalismus ist, ist klar. Aber es ist ein Schritt, der Arbeiterklasse und den Bevölkerungen bessere Möglichkeiten für den weiteren Kampf um Veränderungen zu entwickeln.

„Mitten in der Revolution von 1918, als die Bourgeoisie eine deutsche Oktoberrevolution befürchtete, gehörte das Tarifvertragsrecht ebenso wie die Einrichtung von Betriebsräten zu den Zugeständnissen, mit denen die wirklichen Herrschenden vor allem die rechtssozialdemokratischen Führer von SPD und Gewerkschaften an sich banden und bei vielen revolutionären Arbeitern die Illusion erweckten, „der Sozialismus marschiere“. Letzteres war eine Losung der SPD. Mit dem hier nicht näher zu betrachtenden Scheitern der Revolution und dem Abebben revolutionärer Bewegungen in den nächsten Jahren versuchte die Bourgeoisie, leider nicht völlig erfolglos, Tarifverträge und Betriebsräte zum Instrument eines ihr genehmen Klassenkompromisses zu machen. Ähnlich wie nach dem Zweiten Weltkrieg, waren es u.a. die kommunistischen Gewerkschafter, die beides zum Ausgangspunkt auch politischer Kämpfe zu machen suchten, teils mit Erfolg, teils aber auch unter groben Fehlern wie der RGO-Politik und der These 37, die hier nur erwähnt sein sollen. Nach dem II, Weltkrieg wurden das Tarifrecht und die Betriebsräte, 1933 von den Faschisten beseitigt, wieder in Zeiten relativer Schwäche des Kapitals hergestellt. Sie behielten auch jetzt ihren Doppelcharakter. Ob das Tarifvertragsrecht ebenso wie das Betriebsverfassungsgesetz Mittel der Sozialpartnerschaft sind oder Hebel für eine kämpferische, antikapitalistische Politik im Interesse der Arbeiterklasse, hängt letztendlich davon ab, wie die handelnden Personen und Organisationen es nutzen. Instrumente der Systemveränderung werden sie aber nie sein, das erwartet oder propagiert aber auch keine Genossin, kein Genosse.“

Dies hat der Genosse Volker Metzroth auf der Klausurtagung des Arbeitskreises Betrieb und Gewerkschaft im Februar 2013 festgestellt. Auf dieser Tagung wurde über die Tarifpolitik diskutiert, wie gehen die Gewerkschaften daran, welche Probleme gibt und welche Modelle und wie die gerade beginnenden Tarifkämpfe sich entwickeln können!

Das Referat der Klausurtagung endet mit:
„Eine erfolgreiche Tarifpolitik der Gewerkschaften wird letztendlich auch davon abhängen, ob es ihnen gelingt, sich von gewohnter Stellvertreterpolitik zu lösen, die Gewerkschaften wieder mehr zur Selbstorganisation der abhängig Beschäftigten zu machen, die beginnend im Betrieb Kraft entwickeln und diese einsetzen zur Durchsetzung der Interessen der Arbeiterklasse gegen das Kapital.“

Ob dies wieder mehr gelingt, liegt also in dem Tun der KollegInnen, die in den Gewerkschaften, in den Betrieben ihre Forderungen nicht nur einbringen, sondern sich dafür einsetzen und bereit sind dafür kämpfen. Und auch daran, wie es ihnen gelingt andere davon zu überzeugen.

Unterstützen wir dabei die KollegInnen, aber vor allen Dingen unsere GenossInnen, die im Betrieb und Gewerkschaft entsprechend aktiv sind!

Seit Beginn diesen Jahres können wir feststellen, dass die Kämpfe auch in diesem Land weiter zunehmen - werden und müssen. Fast kein Tag vergeht, an dem nicht in den Medien über Streiks oder Warnstreiks zur Durchsetzung der tariflichen Forderungen berichtet wird. Und es geht nicht nur um die Erhöhung der Löhne.

Prekäre Beschäftigung - Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigung, Leiharbeit - nimmt in rasantem Tempo zu.

Dies unter diesen Bedingungen arbeitenden KollegInnen werden in der Regel als Erste entlassen. Beschäftigung und damit die Existenzgrundlage der arbeitenden Menschen wird dem gerade aktuellen betrieblichen und konjunkturellen Auf und Ab direkt unterworfen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

und wie sieht es in Europa aus?

Dass die Kämpfe nicht regional begrenzt sind, dass es möglich ist die KollegInnen in anderen Ländern zu unterstützen, das ist eine alte Klassenerfahrung. Direkt vor der Haustür sozusagen, hat uns das Beispiel von Ford-Genk dies wieder vor Augen geführt. KommunistInnen von DKP und PVDA/PTB besuchten die KollegInnen im Werk, sie wurden eingeladen zu einem Gespräch bei uns. Das ist Solidarität, die auch gleich den Erfahrungsaustausch beinhaltet.

In ganz Europa wird Widerstand organisiert gegen die Abwälzungen der Krisenlasten auf die Bevölkerungen.

Besonders deutlich wird dies in den südeuropäischen Ländern Griechenland, Spanien, Portugal, Italien. Dramatisch hat hier vor allen Dingen die Jugendarbeitslosigkeit zugenommen.

Wir stellen fest, dass es in diesen Ländern insgesamt eine nicht nur weitaus größere Zahl von Streiks und Demonstrationen gegen die Politik der Troika gibt, sie sind zudem besser organisiert sind, die Mobilisierung ist breiter und die Bereitschaft der Bevölkerungen mitzumachen, sich einzureihen, ist größer.

Griechenland hat gerade seinen ersten Generalstreik in diesem Jahr durchgeführt. In Spanien, Portugal, Bulgarien, Frankreich, Italien und auch auf Zypern wehren sich die Menschen gegen die Willkür und die aufgedrückten Spardiktate der EU und der Troika. Derweil nimmt das Ausmaß der Krise an Fahrt auf. Ein Blick in Länder wie z.B. Griechenland zeigt, dass die wirtschaftliche und soziale Krise inzwischen zur humanitären Katastrophe geworden ist.

"Desaströs" sei die "soziale Situation" in Europa sagte Sozialkommissar Laszlo Andor, als er den EU-Sozialbericht 2012 mit den Daten von 2011 vorstellte. Und er führte weiter aus: "Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und der sich veschlechternden sozialen Lage war 2012 ein weiteres miserables Jahr für Europa“, und „Es ist unwahrscheinlich, dass sich die sozialökonomische Lage 2013 wesentlich verbessern wird". Optimismus klingt anders.

Eine wachsende Kluft zwischen dem Norden *(Deutschland, Belgien, Österreich, Finnland, Niederlande, Luxemburg und (noch) Frankreich)* und dem Süden Europas *(Spanien, Griechenland, Zypern, Malta, Portugal, Slowenien, Slowakei – auch Irland wird dazu gezählt)* tut sich auf. War die Arbeitslosigkeit zu Beginn der Krise im Norden und Süden auf annähernd gleichen Niveau, so ist sie im Verlauf der Krise in den nördlichen EU-Mitgliedsländern bis Ende 2011 auf durchschnittlich 7% gesunken, während sie im Süden steil auf 14,5% angestiegen ist. Geradezu dramatisch ist der Anstieg von Erwerbslosigkeit

und Jugendarbeitslosigkeit in den Haupt-Krisenländern: Spanien hat es mit einer offiziellen Arbeitslosenquote von 26,6% zu tun, Griechenland 26,0%, in Portugal sind 16,3%.

Deutschland konnte sich aus der Krise herausexportieren und gehört innerhalb der EU zu den Krisengewinnern, was die Wahrnehmung der Krise hierzulande bei der arbeitenden Klasse und die Mobilisierungsmöglichkeiten gegen die Abwälzung der Krisenlasten natürlich beeinflusst.

Wir bekräftigen von dieser Stelle unsere Solidarität mit allen fortschrittlichen Kräften, mit linken Parteien, die gemeinsam mit den Gewerkschaften und der Bevölkerung in ihren Ländern den Widerstand gegen diese Politik organisieren und mit den Menschen, die sich an Aktionen beteiligen.

Wo der soziale Protest und Widerstand in Europa gegen die Politik der Troika zunimmt, wo sich die politische Linke als bündnisfähig erwiesen und Alternativen entwickelt hat, hat sich dies teilweise auch in Wahlerfolgen niedergeschlagen. So gab es gute Wahlergebnisse in Griechenland und in Frankreich, aber auch in Dänemark, Belgien und Tschechien, Österreich haben linke Kräfte zugewonnen.

Doch zum Beenden der Krise reicht es noch nicht - muss noch mehr Länder ergreifen.

Hunger, Not und Armut werden zu Massenerscheinungen. Fast ein Viertel (24,2%) der EU-Bevölkerung sind „von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht“. In Deutschland sind mit 16,1 Millionen Menschen 19,9% der Gesamtbevölkerung arm. Unter diesen Vorzeichen schreibt Heribert Prantl (SZ, 12.10.12): „Es wäre eine Katastrophe, wenn es die „Tafeln“ nicht mehr gäbe“, „Aber es ist eine viel größere Katastrophe, dass es sie in unserem reichen Land geben muss. Ein Staat, der tausend Tafeln braucht, ist kein guter Sozialstaat“.

Doch ungeachtet dieser Fakten, wird uns wie nebenbei aufgetischt, dass der EU - Wirtschafts- und Währungskommissar Olli Rehn in einem Schreiben an die Finanzminister der EU – Länder angekündigt hat, ihnen in der Konjunkturflaute mehr Zeit zum Erreichen ihrer Defizitziele zu geben. Er schreibt „Falls das Wachstum unerwartet einbricht, kann ein Land mehr Zeit zum Ausgleich seines überhöhten Defizits erhalten".

Die Euro-Zone rutscht auch wegen der Schuldenkrise und der Flaute in den Krisenländern immer tiefer in die Rezession. Im vierten Quartal 2012 schrumpften neben der deutschen Wirtschaft auch die anderen Schwergewichte.

Der Focus schreibt am 14.2.2013 „Heftiger Dämpfer für die deutsche Wirtschaft: Die Rezession im Euroraum und die weltweite Konjunkturschwäche trafen Europas größte Volkswirtschaft Ende 2012 stärker als erwartet.“ Und was wird als Lösung angeboten?

Mehr Wettbewerbsfähigkeit, um noch mehr exportieren zu können. Aber wohin soll exportiert werden, wenn die europäischen Nachbarn in Rezession und Stagnation versinken; wenn auch diesen Ländern von IWF und EU-Kommission die Medizin der „verbesserten Wettbewerbsfähigkeit“ durch Senkung der Löhne aufoktroyiert wird?

„Im Grunde genommen“, bedeutet diese exportorientierte Strategie der Bundesregierung und der in Deutschland produzierenden Unternehmen aber, schreibt die UNCTAD, dass die „*Arbeitslosigkeit in den Rest der Welt exportiert*“ wird[1].

---

[1] „And the depreciation of the euro in the first half of 2010 essentially means exporting unemployment to the rest of the world.“
(UNCTAD-Trade and Development Report-2010-overview.pdf)

Diesem Standortwettbewerb, dieser grenzenlosen Entfachung der Konkurenz muss mit einer besseren Vernetzung der Kämpfe der arbeitenden Menschen und sozialen Bewegungen begegnet werden.

Deshalb begrüßen wir den Aufruf „Für einen europäischen Frühling". Mit Aktionen, Streiks und Demonstrationen in ganz Europa am 13. März sowie einer gesamteuropäischen Demonstration und kreativen Aktionen in Brüssel am 14. März will attac seine Forderungen deutlich machen. Gerichtet sind diese gegen den EU-Gipfel am 14. und 15. März, bei dem sich die versammeln, die das EU-Krisenmanagement immer weiter verschärfen. Forderungen der Aktionen sind u.a.:

Entwaffnet die Finanzmärkte!
Feuert die Troika, nicht die Menschen!

Die eine Million Unterschriften unter der europäischen Bürgerinitiative, die sich gegen die Privatisierung des Wassers als Teil der Daseinsvorsorge für den Menschen richtet, sind gesammelt. Ein erfolgreicher Beginn, mit dem der Kampf nun in eine nächste Etappe geführt werden kann. Um den Druck auf die EU-Kommission zu erhöhen wurde jetzt das Ziel auf 2 Millionen Unterschriften bis zum November 2012 erhöht. Außerdem gibt es noch einige Länder, in denen nicht die erforderlichen Mindeststimmen gesammelt wurden. Auch wir als DKP sollten uns in die europaweite Kampagne gegen die Privatisierung des Wassers einbringen, informieren und Unterschriften sammeln.

Setzen wir, gemeinsam mit anderen linken und antikapitalistischen Kräften weitere Akzente gegen die Aushebelung grundlegender Rechte, die uns per Gesetz und Erlass durch EU-Regierung oder andere Regierungen verordnet werden. Unterstützen wir Aktivitäten dagegen, wie die Umfairteilaktionen am 13. April.

Die nächste Blockupy - Aktion vor der EZB in Frankfurt am 31. Mai und 1 Juni steht auch schon in den Startlöchern.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die Krise wird inzwischen für viele greifbarer, nachvollziehbarer. Auch wenn sich noch nicht jede/r persönlich betroffen sieht, wird doch die sich verschlechternde Lage von Nachbarn und Freunden gesehen.

Die Kürzungsdiktate der Regierungen werden abgewälzt auf die Länder, auf die Kommunen. Hier geht um viele Bereiche, die ein selbstverständlicher Beitrag der öffentlichen Daseinsvorsorge sein sollten.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten kämpfen um den Erhalt der „freiwilligen Ausgaben" in Kultur, Sozialem, Sport, Bildung und Verkeh - gegen sozialen Kahlschlag.

In der Kommune können wir konkret alle „Sparbeschlüsse" und ihre Auswirkungen auf Arbeiter, Rentner, Jugend, Ausländer usw, hinterfragen. Hier gilt es direkt die Menschen zu mobilisieren, damit sie sich gegen alle Formen von Privatisierung öffentlichen Eigentums wehren.

Kommunalpolitik ist der Bereich, in dem Politik für die Menschen sehr konkret wird. Es kann relativ leicht überprüft werden, wie ehrlich Wahlversprechen eingehalten werden, wie ernsthaft für Ziele z.B. auch in Bürgerinitiativen gekämpft wird. Der gemeinsame Widerstand, das Einmischen in die Politik werden so entwickelt.

Immer stärker wird die Bewegung um bezahlbaren Wohnraum. Die steigende Armut bedingt, dass viele Menschen ihre Mieten nicht mehr zahlen können. Zwangsräumungen stehen – zumindest in großen Städten – auf der Tagesordnung.

Deshalb fordern wir in den Kommunen geförderten Mietwohnungsbau, Wohnungen mit Sozialbindung und Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus. Die Privatisierung öffentlichen Wohnungseigentums muss beendet werden.

Wir sagen: Wohnen ist Menschenrecht!

Wenn wir als DKP – Gruppe kommunalpolitisch aktiv werden wollen, sollten wir auf eine langfristige, kontinuierliche Kommunalpolitik setzen.

Gemeinsam mit den Betroffenen die Entwicklung von Forderungen und Aktionen angehen, als GenossInnen jedoch offen, selbstbewusst und noch dazu öffentlich auftreten - so wird Politik für die Menschen mit den Menschen vor Ort entwickelt.

Nach wie vor leisten in einer Reihe von Städten und Gemeinden unsere GenossInnen ihre Arbeit in Kommunalparlamenten. Mit breitestmöglichen Bündnissen wird hier für Veränderungen mobilisiert. Die Koppelung von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf kann gerade in der Kommune sehr erfolgreich umgesetzt werden.

Dabei gibt es verschiedene Kandidaturmodelle. Von Eigenkandidaturen über gleichberechtigte Bündnisse bis hin zu Kandidaturen auf Listen anderer Parteien ist alles möglich. Entschieden werden sollte von uns nach den politischen Bedingungen vor Ort. Und selbstverständlich ist auch kommunalpolitische Arbeit ohne das Erstreben oder den Erhalt kommunaler Mandate möglich.

Gerade in unserem Umfeld, vor Ort, müssen wir stärker mit der UZ in den Freiverkauf, über die Kontakte auch neue AbonnentInnen werben. Öffentlichkeit schaffen für die DKP, das kann gerade hier mit unseren Materialien und Unserer Zeit(ung) gut funktionieren.

Mit Kleinzeitungen und Flugblättern zu den Problemen Stellung nehmen, unsere Antworten aus kommunistischer Sicht darstellen ebenfalls. Und auch regionale Internetseiten stoßen auf Interesse, wenn sie denn aktuell sind.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die Kriegs- und Rüstungspolitik der Bundesregierung und ihre Beteiligung an Maßnahmen der NATO, töten inzwischen in vielen Regionen der Welt. Ganz aktuell ist die Entsendung von Bundeswehrsoldaten nach Mali.

Ob in Afghanistan, in der Türkei, vor den Küsten Afrikas oder im Mittelmeer - die Bundeswehr beteiligt sich direkt oder durch Unterstützung logistischer Art an vielen Kriegseinsätzen

Inzwischen sind nach offiziellen Zahlen ca. deutsche 6000 Soldaten weltweit im Einsatz. Da werden Patriot-Raketen in die Türkei verschifft und U-Boote für Israel gebaut. Waffen und Soldaten der Bundeswehr werden verschifft. Dies alles macht deutlich: Deutschland befindet sich im Krieg!

Die Kriegsdrohungen gegen Iran, der Versuch in Syrien mit Gewalt und internationaler Einflussnahme einen Regierungswechsel herbeizuführen, können im Nahen Osten einen Flächenbrand auslösen. Dieser wird sowohl für die Menschen in der Region, jedoch auch in der Weltpolitik verheerende Folgen haben.

Hinzu kommt in dieser Region die jahrzehntelange Unterdrückung der Bevölkerung Palästinas, die nun zumindest einen Teilerfolg im November bei der UNO erkämpft hat. Doch wie die Angriffe Israels auf Gaza zeigten, ist nach wie vor Solidarität notwendig. Wir unterstützen die Forderung nach einem eigenen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 mit Jerusalem als Hauptstadt und dem Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Heimat.

Die Militarisierung unserer Gesellschaft mit der Bundeswehr in den Schulen, mit Wehrschauen, öffentlichen Vereidigungen von SoldatInnen muss endlich der Geschichte angehören. Der Plan, die Bundeswehr gegen DemonstrantInnen einsetzen zu können, darf nicht durchgesetzt werden.

Mit den KollegInnen, in den Gewerkschaften und in den Betrieben muss wieder stärker über alternative Produktion nachgedacht werden. Die Konzerne müssen für die Entwicklung von Konversion auch finanzielle Mittel bereitstellen. Neue Ansätze zur Diskussion darüber ergeben sich ja evtl. bereits auf den diesjährigen Ostermärschen.
Wir fordern: keine Rüstungsexporte und Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr!

Nie wieder Krieg - dafür müssen wir uns auch 2013 mit unseren Mitteln einsetzen!

Lasst mich einige Worte zur Rechtsentwicklung sagen.

In unserem Antrag „Antworten der DKP auf die Krise“ sagen wir: „Wenn es keine stärkere Gegenwehr der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, der Kommunisten sowie der anderen linken und aller anderen demokratischen Kräfte gibt, werden sich Nationalismus, Egoismus, Rassismus und Hass auf Migrantinnen und Migranten noch weiter ausbreiten.“

Auf der zur Rechtsentwicklung durchgeführten Tagung des Parteivorstandes stellten wir fest, dass die Politik der EU nicht nur Angst vor einer ungewissen Zukunft erzeugt, diese nicht nur oder immer in Widerstandsaktionen münden, sondern auch einen Vertrauensverlust in Parteien, Parlamente und Institutionen erzeugen.

Das Wahlergebnis in Italien macht dies bitter deutlich. Wenn die tiefe politische Krise zu diesem Vertrauensverlust in die Parteien – auch der linken – und in „die Politik“ insgesamt geführt, ist das der Boden, auf dem autoritäre Lösungen wachsen.

Große Teile der WählerInnen trauen den Versprechungen all derer nicht mehr, die in ihren Augen irgendwie in "das System eingebunden" sind.

Dies nutzen rechte und faschistische Parteien und deren Anhänger. Sie geben einfache Antworten auf komplexe gesellschaftspolitische Fragen. Sie machen als Schuldige und Sündenbock bestimmte Gruppen in der Bevölkerung aus: Ausländer, Schwule, Sinti und Roma, Juden, Kommunisten, Sozialisten.

Die Gewalt von Rechten gegen diese Personen nimmt in ganz Europa zu. In einigen Ländern, darunter Deutschland, wird das rechte Gewaltpotential als besonders hoch eingestuft wird. (FES-Studie Rechtspopulismus in Europa).

Europaweit stellen die Rechten identische Forderungen, z.B. die Rückkehr zu eigenen Währungen und „Raus aus der EU“.

Doch nicht nur ihre Parolen sind europaweit übergreifend, sie haben sich auch Netzwerke europäischer Zusammenarbeit geschaffen.

Deshalb ist es eine der Aufgaben europäischer Gewerkschaften, kommunistischer und linker Parteien, sozialer Bewegungen und antifaschistischer Kräfte, den Widerstand gegen die EU-Politik zu verstärken, gemeinsames europaweites Handeln dieser Kräfte noch besser zu entwickeln und der Rechtsentwicklung entgegenwirken.

Wir sollten uns auch in der Vorbereitung zur Bundestagswahl im September 2013 darauf einstellen. Ob und wie das Verbotsverfahren der NPD durchgeführt wird, mit welchem Ergebnis gar – das alles steht doch noch gar nicht fest. Doch auch bei dieser Wahl werden wir es mit Parteien oder Gruppen nationalistischer Kräfte zu tun bekommen, die mit scheinbar einfachen Alternativen für ihre politischen Ziele zu werben. Ob sie nun auf dem Wahlzettel stehen oder nicht.

Das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen, die Brandanschläge in Solingen und Mölln waren vor 20 Jahren.

Seit 1990 wurden über 180 Menschen in diesem Land aus rassistischen und faschistischen Motiven umgebracht.

Im November 2011 wurden die Morde des NSU aufgedeckt. Noch immer sind sie nicht aufgeklärt.

Das alles macht deutlich, weshalb wir sagen: Nazis blockieren ist unser Recht!

Frank Bsirske, ver.di Vorsitzender, meint: „In Dresden haben sich unser ver.di-Landesbezirk SAT und viele ver.di-Mitglieder (....) den Neonazis entgegengestellt. Das, Kolleginnen und Kollegen, war richtig. Es war richtig, dazu aufzurufen, den Neonazi-Aufmarsch zu blockieren. Es war richtig, zu zivilem Ungehorsam und auch zu Regelverletzungen aufzurufen. – Ja, es war richtig, auch zu Regelverletzungen aufzurufen, weil es hundertmal besser ist, sich dem Neonazispuk aktiv entgegenzustellen, als ohnmächtig zuzusehen, wie Neonazi - Kolonnen durch die Stadt ziehen und andere verhöhnen.“ (mündliche Ergänzung zum Geschäftsbericht beim Kongress 2011)

Wir sagen: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Und in diese Taten verstrickt, ebenso wie im Sumpf der braunen Horden verortet: der Innengeheimdienst – Verfassungsschutz.

Rolf Gössner, Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte, sagte im Januar 2012:
„Der VS ist ein ideologisches Kind des Kalten Krieges – gezüchtet als nachrichtendienstliche Waffe im Ost-West-Konflikt der 1950er Jahre, zur Absicherung des westdeutschen >Bollwerkes gegen den Kommunismus<. In jener Zeit des militanten Antikommunismus hat er auch seine zweifelhaften Verdienste bei der Ausspähung von Kommunisten und anderen linksgerichteten Kräften erworben, die in den 50er/60er Jahren zu einer exzessiven politischen Verfolgung beigetragen haben. Anstatt nach dem Ende des Kalten Krieges die Frage nach der Existenzberechtigung zu beantworten, wurden seit 1990 immer wieder neue Legitimationen nachgeschoben(....)“

Und was tut dieser Verfassungsschutz außer die Faschisten zu "begleiten"?

„Am 13. Februar 2007 fand in Stuttgart die Trauer und Urnenbeisetzung eines verstorbenen DKP-Aktivisten statt, an der Sie teilnahmen. Die Beisetzungsfeierlichkeit war in ihren Wortbeiträgen „revolutionär“ gestaltet, Fahnen der DKP und der ihr nahestehenden Jugendorganisation „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) waren aufgestellt. Das Singen der Internationalen schloss die Trauerfeier ab.“ Dies sind Aufzeichnungen des Verfassungsschutzes Baden-Württemberg über unseren Genossen Gerhard Bialas. Dies ist

nur eines von vielen Beispielen der Bespitzelung unserer GenossenInnen und anderer DemokratInnen.

Ich erinnere an die Berufsverbotepraxis, die sich u.a auch auf solche "Erkenntnisse" stützte.

Wir fordern die sofortige Auflösung der Geheimdienste wie Verfassungsschutz, MAD und BND!

Eine lückenlose Aufklärung der Verflechtung von Faschisten und Geheimdiensten muss erfolgen!

Wir fordern die Durchsetzung des Verbots und die Auflösung der NPD und aller faschistischer Organisationen nach Art. 139 Grundgesetz!

Die Kriminalisierung von AntifaschistInnen und anderen fortschrittlichen Kräften muss endlich aufhören! Die Beobachtung derer, die gegen Nazis aktiv sind, die sich gegen Sozial- und Demokratieabbau zu Wehr setzen muss eingestellt werden!

Genossinnen und Genossen,

kurz möchte ich noch auf einige andere Politikfelder eingehen.

Die ausgezeichnete Arbeit des Frauenarbeitskreises der DKP wird nur sehr kurz in dem Tätigkeitsbericht dargestellt. Klar ist: diese wichtige Arbeit muss auch in der nächsten Periode des Parteivorstandes fortgesetzt werden.

Aber wir müssen auch feststellen: nach wie vor haben wir in der Partei große Probleme gerade Genossinnen für Leitungsfunktionen zu gewinnen.

Klar ist, dass die Quotenregelung – wie sie vom Statut vorgeschrieben ist – nur ein Vehikel sein kann, um diese Frage zu lösen. Endgültig wird sie wohl nur über die Frage veränderter Arbeitsweise in den Gruppen und vor allen Dingen in den Leitungen geklärt werden können. Zu den politischen Bedingungen in denen Frauen heute leben nur dies in aller Kürze: an den Frauen und in ihren nach wie vor sogenannten „typischen Berufen“ wird auch heute immer noch als Erstes gekürzt, gestrichen und Lohndrückerei betrieben. Wir haben uns ausführlich mit der Situation der Frauen auf der Tagung unseres Parteivorstandes im November 2012 befasst.

Ja - wir müssen immer noch kämpfen, um den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, um die gleichen Chancen in Ausbildung und Beruf, gegen Gewalt und sexistische Anmache.

Auch wenn wir wissen, dass die Befreiung der Frau untrennbar verbunden ist mit der Befreiung der Klasse, sie also erst im Sozialismus tatsächlich erkämpft werden kann, wollen und müssen wir auch heute schon für Veränderungen eintreten. Dazu brauchen wir Genossinnen und Genossen, dazu brauchen wir demokratische Frauen und auch Männer, die sich einsetzen und stark machen.

Hedwig Dohm (1831-1919), deutsche Schriftstellerin, Publizistin, Dramatikerin und Frauenrechtlerin forderte auf: „Mehr Stolz, ihr Frauen! Wie ist es nur möglich, dass ihr euch nicht aufbäumt gegen die Verachtung, die euch noch immer trifft. - Auch heute noch? Ja, auch heute noch. (...) "

Nutzen wir nächste Woche den Internationalen Frauentag am 8. März um uns aufzubäumen!

Die Arbeit der Kulturpolitischen Kommission darf nicht vergessen werden. Nicht nur, weil sie einen großen Anteil an dem 2011 durchgeführten Pressefest hat - hier liegt uns ein Antrag

vor, dieses 2014 wieder durchzuführen - sondern auch, weil mit der im November durchgeführten Kulturkonferenz wieder einmal belegt ist, das Kultur nicht nur ein Teil des Lebens ist, sondern auch Teil der politischen Arbeit sein muss. Gerade in den Zeiten der Kürzungen in den Haushalten, wird der Rotstift oft besonders stark gezückt, wenn es um die Kultur geht.

Bis zur Bundestagswahl und sicher darüber hinaus werden wir uns auch mit der Energiewende dieser Regierung weiter befassen müssen. Die Geschenke an die großen Energiekonzerne, die sich ihren stückweisen Ausstieg aus der Atomenergie teuer von uns bezahlen lassen, müssen endlich ein Ende haben. Nicht Steuergeschenke, sondern Enteignung und Übernahme der Energiewirtschaft in öffentliches und kontrolliertes Eigentum ist unsere Forderung! Es geht nicht um den Ausbau fossiler Energien, oder aber das wieder ins Gespräch gebrachte Fracking, sondern um die Entwicklung erneuerbarer und umweltschonender Energie.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Vergessen sollten wir bei allem nicht die internationale Solidarität!

Die Länder Lateinamerikas, die dem Werben und Drohen der USA widerstehen und ihren eigenen Weg zum Aufbau einer gerechteren Gesellschaft gehen. Der erneute Wahlerfolg von Chavez in Venezuela macht es möglich, den begonnenen Weg fortzuführen.

Wir sollten die Entwicklungen dort als Herausforderung sehen uns mit den Erfahrungen der lateinamerikanischen Linken, ihrer Bündnispolitik, ihrer Verbindung von sozialen Bewegungen und Parteien, ihren neuen Konzepten zur gesellschaftlichen Veränderung kritisch auseinanderzusetzen und davon zu lernen.

Denn heute werden in der Europäischen Union ähnliche "Anpassungsprogramme" exekutiert, die in den 80er und 90er Jahren Lateinamerika in Stagnation, Verarmung und soziale Polarisierung geführt haben.

Aber ein Ergebnis dieses neoliberalen Radikalismus in Lateinamerika war, dass mächtige soziale Widerstandsbewegungen entstanden, die die Grundlage dafür legten, dass heute die Mehrzahl der Länder des lateinamerikanischen Kontinents von Parteien der Linken oder Mitte-Links regiert werden, die einen Weg aus dem Neoliberalismus suchen, sich untereinander verbinden und die Dominanz des Imperialismus abschütteln.

Und lernen sollten wir allen voran auch von Kuba, das Land in dem für die Erfolge der Revolution weiter gearbeitet wird. Der Kampf um die Freilassung der Fünf in den USA Eingekerkerten, der Kampf gegen die Blockadepolitik der USA und ihrer Verbündeten kann die Entwicklung Kubas nicht aufhalten. Dies ist auch ein Erfolg der internationalen Solidarität.

Das und wie Solidarität wirkt zeigt unsere Spendensammlung gegen die Hurrikanschäden. Insgesamt haben wir bisher 23.000 Euro überwiesen! Dafür allen Danke, die gespendet haben. Wir versichern auch weiterhin unsere Solidarität mit Kuba, seiner kommunistischen Partei und den Menschen!

Gerade angesichts der Krise und der koordinierten Politik der Herrschenden wird die engere Zusammenarbeit der kommunistischen, der Arbeiter- und Linksparteien zu einer noch dringenderen Aufgabe. Der Widerstand und der Kampf um Alternativen muss auf allen Ebenen entwickelt werden: vom Betrieb und der Kommune über die regionale und nationalstaatliche bis zur europäischen und internationalen Ebene.

Wenn wir gegenüber den international agierenden Konzernen und dem Finanzkapital widerstehen wollen muss jedoch dringend eine weitaus bessere Vernetzung international erreicht werden.

Die gemeinsame Arbeit über die Grenzen hinweg, erfordert zunehmend die Abstimmung mit den kommunistischen, sozialistischen, Arbeiter- und Linksparteien Europas, insbesondere der Genossen in Betrieben/Gewerkschaften. Dies zeigen Beispiele wie der Kampf gegen die Hafenrichtlinie, Entsenderichtlinie,die Rettung des Opel-Standortes in Luton (England), die Rettung mehrerer ALSTOM-Standorte, Aktionen gegen Werksschließungen von Nokia.

Wir arbeiten in der „Vier-Parteien-Koordination“ (PvdA/PTB, KPL, NCPN, DKP) aktiv mit. Das Beispiel der Unterstützung von Ford in Genk wurde gebracht, es gab weitere gemeinsame Aktivionen, regelmäßige Arbeitstreffen und jährliche Konferenzen.

Wir sind Teil der Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien.

Wir sind Beobachter in der Partei der Europäischen Linken, in der sich „sozialistische, kommunistische, rot-grüne und andere demokratische Linksparteien“ (Statut der EL) vereint haben.

Wir folgen Einladungen zu Tagungen und Konferenzen anderer kommunistischer und linker Parteien.

Es gibt also viele unterschiedliche Möglichkeiten, international und europaweit tätig zu werden, sich in Diskussionsprozesse einzubringen und die aktuellen Debatten mit zu gestalten und daraus Forderungen und Handlungsfelder für diese Zeit zu entwickeln.

Dieses tun wir für die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse heute und verlieren dabei das Ziel, den Sozialismus, nicht aus den Augen.

Ja, es gibt unterschiedliche Sichtweisen auf die Frage der Zusammenarbeit mit anderen Kräften in unserem Land und/oder auch international. Wir sollten aber nicht in Frage stellen, dass delegierte GenossInnen selbstverständlich auf der Grundlage des Programms und der Beschlüsse der DKP auftreten, also mit den Zielsetzungen unserer kommunistischen Partei.

Und natürlich kommen wir hier, wie überhaupt in Gesprächen mit anderen Menschen, Organisationen und Parteien, auch mit neuen und anderen Fragen und Argumenten in Berührung. Das ist doch letzten Endes ein Sinn dieser Treffen und wir sollten es deshalb als etwas bereicherndes, das Denken und Nachdenken förderndes betrachten. Und wenn es manchmal keine guten Argumente sind, so haben diese doch sicher nichts ansteckendes.

Internationale Zusammenarbeit erfolgt auch aus der Erkenntnis, dass diese ein wichtiger Baustein ist, den Kampf im eigenen Land in den internationalen Maßstab einzuordnen, aber auch aus den Kämpfen anderer zu lernen, bis dahin, gemeinsame Kämpfe zu entwickeln.

Schon Engels hat den internationalen Aspekt der Kämpfe beschrieben, in einem Brief an Lafargue, 27.6.1893, vor Illusionen vom „Sozialismus in einem Land“ gewarnt:

„Die Befreiung des Proletariats kann nur eine internationale Aktion sein; wenn ihr daraus einfach eine Aktion der Franzosen zu machen versucht, macht ihr sie unmöglich. Die ausschließlich französische Führung der bürgerlichen Revolution – obwohl sie unvermeidlich war wegen der Dummheit und Feigheit der anderen Nationen – wissen Sie, wohin das geführt hat? – zu Napoleon, zur Eroberung, zur Invasion der Heiligen Allianz. Frankreich in Zukunft dieselbe Rolle zuschreiben zu wollen, das hieße, Frankreich lächerlich zu machen, wie es die Blanquisten tun, denn jenseits ihrer Grenzen lacht man über diese Anmaßungen.“

Internationale und europaweite Zusammenarbeit muss sich daran messen lassen, was es der Arbeiterklasse, den Bevölkerungen der beteiligten Länder und den beteiligten Parteien bringt.

Und dass gemeinsame Gegenwehr und Solidarität, national und international notwendig ist, wenn wir nicht dem Kapital das Feld überlassen wollen, daran wird doch niemand zweifeln.

Dabei hilft es im eigenen Land gut verankert zu sein in den Gewerkschaften, Betrieben, in der Kommune, in den Bewegungen. Je besser die Vernetzung nicht nur der KommunistInnen, sondern von uns auch mit anderen demokratischen und fortschrittlichen Kräften ist, desto besser können wir auch gegen antikommunistischen Maßnahmen begegnen, die in vielen Ländern Europas inzwischen wieder stärker als in den letzten Jahren vorangetrieben, und gegen den Demokratieabbau angehen.

Genossinnen und Genossen,

Wir hatten im Parteivorstand im Juli den Antrag „ Antworten der DKP auf die Krise“ beschlossen.

Damit sollte, trotz der unterschiedlichen Positionen in der Partei, das Gemeinsame und der Willen zur Handlungsfähigkeit der DKP hervorgehoben werden. In der momentanen politischen Situation muss die DKP ihre Kraft in die Kämpfe und Auseinandersetzungen unserer Zeit einbringen, muss dazu beitragen den Widerstand in unserem Land zu entwickeln.

Die inhaltliche Debatte über offene Fragen sollte in der Partei, in den Gruppen weitergeführt werden. Ich nenne hier die Knackthemen noch einmal: die Analyse des Kapitalismus / Imperialismus und der sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen; dass Verhältnis vom Kampf um Reformen und dem Kampf um revolutionäre Veränderungen; die Rolle der Gewerkschaft; die Bündnispolitik und die Rolle der DKP; dass Verhältnis von nationalen und internationalen Ebenen und Kämpfen. Dieses sind die Fragen, die wir anhand unseres Programms, das ja nicht infrage gestellt ist als unsere gemeinsame Grundlage, weiter diskutieren wollen.

Ob wir das Ziel mit dem Antrag erreicht, eine gemeinsame Handlungsebene zu schaffen, erreicht haben, werden wir nach diesem Parteitag einzuschätzen haben.

Ich sehe zumindest die große Gefahr, dass es nicht gelingt.

Das mache ich heute an folgendem Punkt fest:

Entgegen den letzten Parteitagen der DKP gibt es keinen Gegenantrag zum Leitantrag, der den Anspruch erhebt statt des Hauptantrages abgestimmt zu werden. Trotz allem hat es auf der letzten Sitzung des Parteivorstandes eine lange Debatte darüber gegeben, ob und wie und weshalb dann nicht, der „Berliner Antrag“ in dem Antragsblock mitberaten werden kann - bzw. nicht hier beraten wird.

Dieser Antrag wurde dem Parteivorstand und allen Delegierten als ein Antrag für die allgemeine Debatte zugesandt.

Jetzt wurde uns fast dieser komplette Berliner Antrag als Abänderungsantrag zum Leitantrag vor, mit der Aufforderung ihn komplett in den Leitantrag zu überführen.

Ob aus diesen zwei Anträgen, mit zwei so teilweise völlig unterschiedlichen politischen Richtungen jetzt ein Antrag wird, darüber sollen heute die Delegierten entscheiden.

Es gab keine Möglichkeit sich damit vorher in der Partei auseinander zu setzen, ob diese inhaltliche Veränderung des Leitantrags so von der Partei getragen wird. Dieses Herangehen entspricht zumindest nicht den bisherigen Diskussionsprozessen unserer Partei, schon gar nicht in Vorbereitung eines Parteitagsdokumentes.

Genossinnen und Genossen,

Wenn wir heute und morgen die Personaldebatte führen, wenn gewählt wird, wer der DKP vorsitzt, wer die StellvertreterInnen sind und wie sich der Parteivorstand zusammensetzt, dann wissen wir jetzt schon, dass es sich bei den angekündigten Gegenkandidaturen nicht nur um einen Personalwechsel handelt.

Es geht um die oben genannten unterschiedlichen Positionen in der DKP.

Und Genosse Patrik Köbele hat seine Meinung zum Umgang damit deutlich gesagt:

"Natürlich haben wir da auch das Problem, dass unsere politischen Meinungsunterschiede uns auch in einem gewissen Umfang (sicherlich gegenseitig) blockieren. Dieses Problem werden wir aber nicht allein aus und in der Führung der Partei lösen, dieses Problem wird nur die Partei in ihrer Gesamtheit lösen können.

Was bedeutet das alles für den kommenden Parteitag? Wir haben es mit relativ klar ausgeprägten Strömungen, Linien zu tun. Ein Teil der Partei kann oder will sich dem derzeit nicht zuordnen, ein Teil der Partei ist oder verhält sich indifferent. Trotzdem werden diese Strömungen auf diesem Parteitag um die Hegemonie ringen, das wird sich in den inhaltlichen Debatten, aber auch in den Wahlen niederschlagen. Auch dann, wenn es uns gleichzeitig gelingt, die Dinge festzuhalten, bei denen wir uns einig sind. " (Referat zur Organisationspolitik auf der 10. PV-Tagung)

Seit es kommunistische Parteien gibt, gibt es in ihnen auch Auseinandersetzungen über mögliche verschiedene Wege. Diskussionen stärken in der Regel die Entwicklung und das Auftreten einer kommunistischen Partei - nur durch die Diskussion, durch das Für und Wider können immer wieder den aktuellen Kampfbedingungen entsprechend adäquate Forderungen entwickelt werden.

Um die Diskussion jedoch ergebnisorientiert zu führen, muss eine andere Position für alle klar formuliert und dann auch ihre Differenz zu dem Parteiprogramm, oder Teile davon, klar benannt wird. Sonst bleibt es eine Debatte nur für "Eingeweihte".

Genossinnen und Genossen,

die Delegierten haben einen Brief von Genossen der DKP aus der Leitung der ersten Jahren unserer Partei erhalten, einer der Unterzeichner ist der Genosse Herbert Mies, lange Jahre Vorsitzender unserer Partei.

In den vergangenen Wochen wurde eine Aufforderung "zur Umkehr" von den GenossInnen Isa und Werner aus Erlangen veröffentlicht, zudem gibt es eine Erklärung aktiver und ehemaliger Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre.

Diese Briefe und Aufrufe zeigen in ihrer Unterschiedlichkeit eines: es gibt eine große Sorge bei den Mitgliedern um die Einheit und den Erhalt der DKP.

Diese Sorge sollten insbesondere die Delegierten dieses Parteitages sehr ernst nehmen und sich der Verantwortung bewusst sein.

Wir haben als kommunistische Partei heute die Aufgabe uns in die anstehenden Kämpfe einzubringen. Dies in der Entwicklung der Programmatik der DKP, wie sie seit ihrer Gründung 1968 mit ihren Programmen und Beschlüssen kontinuierlich weiterentwickelt wurde.

unser heutiges Programm zeichnet u.a. aus: es ist das Ergebnis einer viele Jahre dauernden Diskussion in der Partei, in der auch die Fragen der gesamten Parteientwicklung - ihrer großartigen und richtigen Aussagen, aber auch ihrer Fehler und Schwächen - erörtert wurden. Und, vor allen Dingen, es schließt an, an unsere Geschichte. Es stellt somit einen Teil unserer Parteiidentität dar.

Die weitere Arbeit der Partei kann sich deshalb doch nur auf der Basis unseres Programms entwickeln. Im Abschnitt " Für eine Wende zu demokratischem und sozialen Fortschritt" stellt das Programm fest":

„Unter den gegebenen Bedingungen werden Abwehrkämpfe im Zentrum einer ganzen Kampfetappe stehen. Schon in diesen Auseinandersetzungen wird es nur dann wirkliche Erfolge geben, wenn ein qualitativ neues Niveau bei der Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und Verwaltungen, der Erwerbslosen, der Rentner, aller von der Demontage sozialer und demokratischer Errungenschaften Betroffenen, wenn ein neuer Aufschwung der Friedensbewegung und anderer demokratischer Bewegungen erreicht werden kann.“

Hier die ersten Schritte zu gehen und „alle Betroffenen in einem alternativen politischen und sozialen Projekt zusammenzuführen“ (Programm DKP), das ist es, was KommunistInnen heute leisten müssen. In diesen Zusammenhängen müssen wir dann klären, dass wir auf die „Arbeiterklasse als entscheidende gesellschaftsverändernde Kraft“ (Programm DKP) orientieren und, wo möglich, auch die Diskussion führen über unser alternatives Gesellschaftsprojekt, den Sozialismus.

Marxismus diskutieren also!

Bei diesen Diskussion mit anderen und auch unter uns sollten wir stets die Worte des Genossen Kalinin im Ohr haben, der am 8.7.1939 vor ausgezeichneten Lehrern sagte: „Der Lehrer ist nicht nur Lehrer, er ist auch Schüler.“ (Über Erziehung zu kommunistischem Bewußtsein)

Kommunistinnen und Kommunisten sind nicht nur wichtig zur Mobilisierung und Bildung von Widerstand, sondern insbesondere wichtig für die Diskussion von Alternativen, für heute und für die Zukunft. Wenn wir für den Sozialismus werben wollen, wann wenn nicht jetzt und wer, wenn nicht wir?

Dies alles muss mit dem Ziel geführt werden, die Arbeit der Partei, wie in diesem Referat beschrieben, weiter zu entwickeln, das eigene Profil der DKP zu stärken, die Partei und das Parteileben – also die Gruppen- und Kreisaktivitäten – attraktiv oder wieder attraktiv für Mitglieder, Sympathisanten und Bündnispartner zu machen.

Dabei sollte unserem Programm wieder mehr Bedeutung zukommen.

Es ist die Grundlage für das Wirken der DKP heute und, davon bin ich überzeugt, auch in den nächsten Jahren.

Seit der Verabschiedung auf dem Parteitag 2006 hat sich einiges an der politischen Situation und auch in unserer Partei verändert. Deshalb kann das erneute erarbeiten der Inhalte des Programms ein Weg sein, alle Mitglieder damit vertraut zu machen. Möglicherweise ist es auch ein Weg, davon ausgehend dann die Debatte in der Partei weiterzuführen. Schließlich

ist unser Parteiprogramm auch eine kurze Analyse der Geschichte der kommunistischen Partei, hat Bezüge zu den heutigen Entwicklungen und legt dar, wie die DKP den Weg über die Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt hin zum Sozialismus geht.
Unser Ziel ist die Überwindung des Kapitalismus - der Sozialismus. Und unser Parteiprogramm ist das Dokument, auf dem sich für uns alle die Mitgliedschaft in der DKP begründet. Nutzen wir es auf diesem Parteitag und darüber hinaus als kommunistischen Leitfaden!